



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/4/35

10. Februar 1950

Ein billiges Programm

R.D. Im Gegensatz zu Prof. Nölting als Sprecher der Opposition im Bundestag, der der Regierung Achtung erwies und sachlich, wenn auch kritisch, die gegenwärtige Situation unserer Wirtschaft analysierte, war Sachlichkeit nicht das hervorstechendste Merk-

mal der Regierungssprecher. Soweit die positiven Punkte ihres Programmes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht aus den Forde-

rungen der Opposition entnommen wurden, füllten sie die Lücken mit unverbindlichen Phrasen. Wir nehmen ihr das Abschreiben nicht

übel, sondern freuen uns im Gegenteil, dass hier der Druck der Opposition seinen positiven Ausdruck findet. Und wir werden auch die

Phrasenlücken noch mit positiven Vorschlägen füllen und die Volksmeinung wachrufen. Das ist, wenn praktische Zusammenarbeit mit

der Regierung nicht möglich ist, der einzige Weg, ja die Pflicht der Opposition.

Wie naiv, wenn Herr Storch meinte, man solle doch das Problem der Arbeitslosigkeit nicht zum Gegenstand der parteipolitischen

Polemik machen. Sollen wir etwa schweigen und genau so untätig sein wie er? Die Wähler der Opposition erwarten, dass sie ihre

Stimme erhebt, denn sie ist als Partei nur existent durch ihre praktische Arbeit und kann nicht - wie die CDU - durch den Glau-

ben ausfüllen, was ihr an Erfolgen fehlt.

Weniger naiv, aber dafür umso unwahrhaftiger war der Kanzler. Sein wiederholter Versuch, die Planwirtschaft mit der Zwangswirt-

schaft zu identifizieren, ist doch nur das billige Bemühen, die Untätigkeit der Regierung, ihre Unfähigkeit zu planen, als weise

Voraussicht zu tarnen. Alles, was der Kanzler zur Entlastung der Regierung vortrug, war inkorrekt und unzutreffend.

Fünf Monate sei die Regierung erst im Amt? Das ist nicht wahr! Sie hat nur ihre Form verändert, die gleichen Herren regier-

ten schon in Frankfurt, haben dort ihre Wirtschaftspolitik begon-

nen und sich die gesetzlichen Voraussetzungen dafür im Wirtschaftsrat geschaffen. Ebenso alt ist die Kritik der Opposition an dieser Politik.

Die Hauptursache der Arbeitslosigkeit sei die Kapitalnot, das ist wahr, aber in der Darstellung unwahrhaftig. Der Kanzler versäumte zu erklären, wieso wir zu der Kapitalnot kamen. Er sprach nicht von der Kaufkraftabschöpfung zur Selbstfinanzierung, von den

Fehlinvestitionen und den voller Waren und Rohstoffen liegenden Lagern. Nur neues Kapital könne neue Arbeitsplätze schaffen. Wie

erklärt sich der Kanzler, dass im letzten Jahre von einem Sozialprodukt, von etwa 75 Mrd. ca. 15 Mrd. D-Mark Kapital investiert

wurden und doch kein neuer Arbeitsplatz entstand, die Arbeitslosenzahl aber auf zwei Millionen stieg? Die Tatsache, dass 700.000

dieser Arbeitslosen als Hauptunterstützungsempfänger direkt aus dem Produktionsprozess gekommen sind, hat er wohlweislich schweigend

umgangen. Seine Aufzählung der Zuwanderung aus dem Osten (Kriegsgefangene, Vertriebene und Flüchtlinge aus der Sowjetzone) beweist

nur, dass neben der registrierten Arbeitslosigkeit noch eine riesenhafte illegale Arbeitslosigkeit besteht, die die Lösung des Problems noch dringlicher macht. Ursache des Kapitalmangels ist allein die Diskrepanz zwischen Lohn und Preis-Niveau, die, Herrn Erhards

eigene Angaben als richtig vorausgesetzt, immer noch eine Differenz von 17 Indexpunkten aufweist und die über Fehlinvestitionen

und zerstörter innerer Kaufkraft zur Marktstockung führte.

Wir wollen die Kreditankündigung der Regierung nicht von vornherein als Propaganda bezeichnen, aber wir fürchten, sie könnte

den gleichen Zwecken dienen, wie seinerzeit die "Kreditspritze" des Herrn Erhard. Sie war unblieb Wahlpropaganda, und auch jetzt

stehen ja im grössten Bundesland die Wahlen vor der Tür. Fest steht, dass erhebliche Teile dieser Mittel nicht aus dem Verfügungsbereich

der Bundesregierung kommen und insofern fiktiv sind, als niemand weiss, wohin sie nachher fließen werden. Ein Danaer-Geschenk

kann die wohlklingend angekündigte "Freizügigkeit" der Vertriebenen werden, wenn mit ihr nicht gleichzeitig Vorsorge dagegen getroffen wird, dass die Behörden sie zum Anlass nehmen, sich ihrer

Verpflichtung gegenüber diesen Ärmsten zu entziehen. Und diese Befürchtung ist zu berechtigt, nachdem wir gesehen haben, wie die Bundesregierung mit der Phrase der "sozialen Marktwirtschaft" sich um

die Regulierung des Lohn- und Preis-Niveaus, um die Verwirklichung des Lastenausgleichs und nicht zuletzt um die Verantwortung an der

ansteigenden Arbeitslosigkeit herumzudrücken versucht.

Truman und die Wasserstoffbombe

Von unserem Korrespondenten D.H.Steinitz

Washington, im Februar

Am 31. Januar gab Präsident Truman bekannt, dass er den Beschluß gefasst habe, den Bau einer "Wasserstoffbombe" beginnen zu lassen.

Damit setzte er den Schlußstein unter einige Monate leidenschaftlicher politischer Diskussionen und eröffnete zugleich ein neues Kapitel amerikanischer Nachkriegsgeschichte.

Die "Wasserstoffbombe" ist die logische Fortsetzung der Atombombe- Zyniker mögen sie als deren "Verbesserung" bezeichnen, wobei die Verbesserung in der vermehrten Explosionswirkung und entsprechend vermehrten Zerstörungskraft liegt. Ohne die vorausgegangenen Forschungen und Experimente auf dem Gebiet der Atomenergie, könnte es keine Wasserstoffbombe geben, obwohl diese letztere nicht auf dem Gebiet der Spaltung der Atome beruht, sondern im Gegenteil auf dem Prinzip der Fusion (Zusammenfügung) von Atomen. Ist bei der Atombombe der Grundstoff das berühmte Uranium 235, so benutzt man für die Wasserstoffbombe einen Stoff namens Tritium, ein Wasserstoff-Isotop, das der wissenschaftlichen Forschung (auch der nicht amerikanischen) seit geraumer Zeit bekannt ist. Die amerikanischen Physiker, die während des Krieges die Atombombe unter Mitwirkung zahlreicher Gelehrter anderer Nationen herstellten, standen an einem bestimmten Punkt ihrer Laboratoriumsforschungen vor der Frage, Atombomben oder Wasserstoffbomben zu fabrizieren; sie entschieden sich für das erstere, weil der Produktionsprozess für die Wasserstoffbombe viel komplizierter und kostspieliger sein würde, und weil auch ein technisches Problem, nämlich die Erzielung der ungeheuren Hitze, die man für die Auslösung der Tritium-Explosion braucht, noch nicht gelöst war: die industrielle Erzeugung einer Temperatur von 16 000 Grad Celsius stellte den Gelehrten unüberwindliche Hindernisse. Inzwischen, dank den Erfahrungen mit der

Hitze bei der Atomspaltung mit Uranium 235, glaubt man, dieses Problems Herr werden zu können.

Alle Fragen der Atomenergie: Forschungsarbeit, industrielle Erzeugung, industrielle Verwertung, Rohstoffbeschaffung, Patente,

Zusammenarbeit mit dem Ausland usw., werden von einer staatlichen Behörde betrieben, der amerikanischen Kommission für Atomenergie, die

direkt dem Präsidenten untersteht; Privatkapital, Privatindustrie, Privateigentum an Rohstoffen, Patenten und den industriellen Er-

zeugnissen gibt es nicht, so dass man es hier mit dem merkwürdigen Phänomen eines total verstaatlichten Sektors in der privatkapitali-

schen Wirtschaft der USA zu tun hat. Die Behörde ist überdies eine Zivilbehörde, in der das Militär nichts zu bestimmen hat; die Armee

muss lediglich über militärwissenschaftliche Arbeiten der Behörde auf dem laufenden gehalten werden. Es ist klar, dass diese Behörde,

ein riesiger Apparat, dem mehr als 60 Laboratorien, Atomwerkstätten und Experimentierstationen angegliedert sind, sich auch mit dem

Studium der Wasserstoff-Explosion beschäftigt und die Möglichkeiten der Erzeugung von Wasserstoffbomben erörtert hat, es darf mit Gewiss-

heit angenommen werden, dass auch die russischen Atomforscher in der sagenumwobenen "Atomstadt" im Kaukasus an dieser Frage nicht

gleichgültig vorbeigegangen sind.

Nun hat im November 1949 ein amerikanischer Senator, der Demokrat Johnson, in einem politischen Rundfunkvortrag einige etwas

naseweise und indiskrete Bemerkungen über die Wasserstoffbombe gemacht, - wobei er, ohne allzuviel Sachkenntnis aber dafür mit umso-

mehr Phantasie, behauptet hat, diese neue "Super-Bombe" werde eine Zerstörungskraft haben, die die der Bombe von Hiroshima um das

Tausendfache (!) übersteige und die zudem in jeder Grösse und Stärke gebaut werden könne, während es aus technischen Gründen bei der

Atombombe (die damit bereits zu einer veralteten und überholten Waffe wird) eine "Standardgrösse" gibt, über die man nicht hinaus-

gehen kann. Eine solche Super-Bombe, so wusste Senator Johnson wei-

ter zu berichten, werde "zwischen zwei und vier Milliarden" Dollar kosten - eine Summe, die selbst für amerikanische Grössenordnungen

nicht gerade ein Pappentiel ist; der gesamte Staatshaushalt der Vereinigten Staaten beträgt dieses Jahr etwas über 40 Milliarden.

Die Indiskretionen dieses Senators setzten eine lebhaftige Diskussion in der amerikanischen Presse, im Kongress usw. in Gang, deren Endergebnis der erwähnte Beschluss Trumans war, eine solche Bombe bauen zu lassen. Die Realität ist von den Phantasien Johnsons'

recht weit entfernt: weder kann man mit einer tausendfachen Wirkung der Bombe von Hiroshima rechnen, noch wird dieses monströse Ding

zwei Milliarden Dollar oder noch mehr kosten; offizielle Angaben sagen, die Wirkung sei "vierzig- bis hundertfach" die der "klassischen"

Atom Bombe, und kosten werde sie 200 Millionen, eine Summe, die man überdies nicht neu anfordern müsse, sondern aus dem schon bewilligten

laufenden Budget der Atomenergie-Behörde bestreiten kann.

Der politische Sinn dieses Schrittes ist natürlich klar. Seit Präsident Truman am 23. September 1949 bekanntgab, dass eine "atomische

Explosion" in der Sowjetunion erfolgt sei, nimmt man an, dass Amerika seinen bisherigen "Atomvorsprung" gegenüber den Russen verloren hat.

Nunmehr wird, durch die Wasserstoffbombe, dieser Vorsprung wieder hergestellt, wenigstens für eine begrenzte Zeit. Diese Tatsache gibt

der amerikanischen Öffentlichkeit, und vermutlich auch einem grossen Teil der nicht-amerikanischen westlichen Welt, ihr Sicherheitsgefühl

wieder, das seit jenem 23. September verschwunden war. Die Spionage-affäre des soeben in London verhafteten englischen Atomforschers

Fuchs, der im Besitz gewisser amerikanischer Atomgeheimnisse war und nun beschuldigt ist, diese an die Russen weitergegeben zu haben, be-

weist, dass diese Unruhe in der amerikanischen Öffentlichkeit nicht ganz unberechtigt war.

Freilich haben sowohl der Präsident, als auch alle seine Berater im Kabinett und die Sprecher im Kongress an die Anweisung, mit dem Bau der Wasserstoff-Bombe zu beginnen, gewisse politische Bedingungen

und Voraussetzungen geknüpft, die man nicht leichtfertig übersehen sollte. Ein amerikanischer Versuch, die Verhandlungen um die Her-

beiführung einer internationalen Kontrolle der Atomenergie durch die "Verainten-Nationen" herbeizuführen, steht bevor. Vielleicht

wird auch der Kongress eine Resolution annehmen des Inhalts, dass die amerikanische Regierung und Armeeführung verpflichtet werden,

die Wasserstoffbombe nur als Verteidigungswaffe, d.h. nach einem direkten militärischen Angriff auf das Territorium der USA oder

ihrer Verbündeten, anzuwenden. Der Vorsitzende der Kongress-Kommission für Atomenergie, Senator MacMahon, plant sogar ein System

eines "weltweiten Marshallplans in Höhe von 50 Milliarden Dollars" - um aller Welt in letzter Klarheit vor Augen zu führen, dass Ameri-

ka in der Sicherung des Friedens und der Förderung des allgemeinen Wohlstandes eine bessere Garantie für sein eigenes Volk erblickt

als in der Anlage von Super-Waffen, deren praktische Verwendung sehr leicht das Ende der ganzen menschlichen Zivilisation bedeuten

kann. Das Vorhandensein der Wasserstoff-Bombe irgendwo in einem amerikanischen Arsenal wirft ganz zwangsläufig einen schweren

Schatten auf die gesamte künftige Entwicklung der Weltpolitik, - und die Garantien und Versprechungen Trumans und seiner Assisten-

ten vermögen die Beklemmung, die dadurch auf aller Herzen lastet, gewiss etwas vermindern und erleichtern, aber ebenso gewiss nicht

mit einer Handbewegung völlig beseitigen.

Das niedersächsische Ablenkungsmanöver

sp. Der Vorsitzende der CDU Niedersachsens, Oberkirchenrat Gillien, wusste am Donnerstag abend nichts davon, dass seine Par-

tei aus der niedersächsischen Koalition austreten wolle, wie es um diese Stunde der Bundeskanzler in Bonn verkündete. Kurz darauf

hat auch Minister Gereke, Vorsitzender der CDU-Hannover und Exponent des linken Flügels der CDU, in Bonn erklärt, dass von einer

solchen Absicht der CDU Niedersachsens nichts bekannt sei.

Der Bundeskanzler wollte also die niedersächsische Festung stürmen, ohne aller seiner Hilfstruppen sicher zu sein. Da es ihm

auf einer vorausgegangenen Tagung des Zonenvorstandes der CDU nicht gelungen war, die niedersächsische Landesorganisation an

die zentralistische Kardare zu nehmen, wiederholte er nun seine Absicht mit dem Versuch, durch ein fait accompli vor aller Öffentlichkeit einen Entschluss Hannovers in seinem Sinne herbeizuführen. Mit dem Hintergedanken etwa: "Ihr könnt mich nicht nachträglich desavouieren".

Der Bundeskanzler kennt die heutige "Machtverteilung" in Niedersachsen, die eine reine Linksregierung ausschliesst, eine Rechtsregierung aber deshalb schwierig macht, weil der linke Flügel der CDU für eine niedersächsische Ausgabe der Bonner Koalition nicht zu haben ist. Neuwahlen würden wohl neue Machtverhältnisse schaffen und so einen Ausweg aus dieser Situation bieten, sie sollen aber programmgemäss erst 1951 stattfinden. Die niedersächsische CDU weiss, dass sie in diesem Jahr bei Neuwahlen nichts zu gewinnen, aber viel zu verlieren hat. Darum stand Dr. Adenauer am Donnerstagabend allein da, als er bereits von konkreten Absichten der niedersächsischen CDU sprach.

Die Dinge sind in Fluss, der Ausgang noch ungewiss. Zwei Momente aber schälen sich heute schon aus der Situation. Der Bundeskanzler, der in der Gründungszeit des Bundes nicht föderalistisch genug sein konnte, wirft künn entschlossen diese Prinzipien über Bord, wenn es in sein Konzept passt. Er beweist damit, dass er auch in grundsätzlichen Dingen durchaus elastisch sein kann. Vielleicht gehört das zum Rüstzeug eines Bundeskanzlers, wir wollen das nicht beurteilen. Freilich klingen aber dann Vorwürfe an die SPD, dass sie dem Zentralismus huldige und die Parteidisziplin über das Staatswohl stelle, aus welchem Kunde höchst eigenartig.

Das zweite Moment hängt mit den Umständen zusammen, unter denen die niedersächsische Regierungskrise in Bonn inszeniert werden sollte. Das Hauptthema der Bundestagsitzung am Donnerstag war nicht eine etwaige niedersächsische Regierungskrise, sondern die für die Bundesregierung in jeder Hinsicht peinliche Arbeitslosigkeit. Da weder der Kanzler, noch seine Minister zu diesem Thema Befriedigendes sagen konnten, versuchte man, mit einem niedersächsischen Ablenkungsmanöver, etwas drastischer aufgezoogen, als die Angelegenheit wert ist, vom Hauptthema abzulenken. Auch dieser Versuch ist misslungen, denn 1,9 Mill. Arbeitslose haben ein grösseres Gewicht als etwaige Ambitionen niedersächsischer Politiker, die ausserdem erst vom Bundeskanzler geweckt werden müssen.